S 204 AS 6834/21 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 3.

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Zusicherung

Umzug innerhalb des Vergleichsraums

Erforderlichkeit des Umzuges Vorwegnahme der Hauptsache

Leitsätze -

Normenkette SGB II § 22 Abs. 4

SGB II § 22 Abs. 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 204 AS 6834/21 ER

Datum 01.12.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AS 1435/21 B ER

Datum 27.12.2021

3. Instanz

Datum -

Â

Â

Die Beschwerde der Antragsteller gegen den Beschluss des Sozialgerichts Berlin vom 01. Dezember 2021 wird zurĽckgewiesen.

Â

Kosten für das Beschwerdeverfahren sind nicht zu erstatten.

Â

Â

Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe f $\tilde{A}^{1/4}$ r das Beschwerdeverfahren wird abgelehnt.

Â

Â

Â

1. Â

Â

Die Beteiligten streiten im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes um die Erteilung einer Zusicherung zur zukünftigen Ã∏bernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdUH) nach einem Umzug im Rahmen der Gewährung von Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II).

Â

Die Antragsteller zu 1) und zu 2) sind die Eltern des 2003 geborenen Antragstellers zu 3), der 2009 geborenen Antragstellerinnen zu 4) und zu 5) sowie der im Jahr 2012 geborenen Antragstellerin zu 6). Die Antragstellerin zu 4) leidet unter anderem unter einer spastischen rechts betonten Tetraparese, Harninkontinenz, Einschlafstä¶rungen und Minderwuchs. Ihr sind ein GdB von 100, die Merkzeichen aG, B und H sowie der Pflegegrad 3 zuerkannt. Sie ist unter anderem mit einem Rollstuhl mit E-fix-Nachrā½stung, einem Gehtrainer, einem Stehstä¤nder, einem Therapiestuhl, Nachtlagerungsschienen und orthopä¤dischen Schuhen versorgt. Zudem ist ein Pflegebett Ĥrztlich verordnet worden.

Â

Die Antragsteller leben in einer Bedarfsgemeinschaft und bewohnen seit dem 01. Dezember 2016 eine DoppelhaushĤlfte in B mit einer WohnflĤche von 102,53 m² und einer beheizten FlĤche von 110,39 m². Laut Mietvertrag besteht diese Wohnung aus vier Zimmern, einer Kýche, einem Bad/Dusche mit WC, einem GĤste WC, einem Flur, einem Abstellraum sowie einem Kellerraum. Die Antragsteller beziehen Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II bei dem Antragsgegner, ihnen wurden zuletzt mit Bewilligungsbescheid vom 02. Dezember 2020 entsprechende Leistungen für den Zeitraum Januar bis Dezember 2021 bewilligt. Die für die bisher bewohnte Wohnung anfallenden KdUH (laut Mietvertrag 717,71 Euro Nettokaltmiete, Nebenkostenvorauszahlung i. H. v. 175 Euro, 70 Euro Heizkosten) werden vom Antragsgegner derzeit in Höhe von 989,31 Euro (730,02 Euro Nettokaltmiete, 186 Euro Nebenkostenvorauszahlung, 73,32 Euro Heizkosten) zuzüglich eines Mehrbedarfs für die Bereitung warmen Wassers übernommen. Der Umzug in diese Wohnung erfolgte auf Antrag der Antragsteller mit dem Hinweis, dass es sich dabei um eine behindertengerechte

Wohnung handele. Die Wohnung verf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ gt $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber einen Treppenlift, der nach den Angaben der Antragsteller aber nicht funktionst $\tilde{A}^{1}/_{4}$ chtig und von den Vormietern $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bernommen worden sei.

Â

Am 04. November 2021 stellten die Antragsteller einen Antrag auf Ä\[
\text{bernahme} f\text{A}\[
\frac{1}{4}\] r die Kosten einer zuk\text{A}\[
\frac{1}{4}\] inftigen Wohnung (Mietkosten zzgl. Umzugskosten sowie\text{A} Mietkaution/Genossenschaftsanteil). Dabei handelte es sich um ein Einfamilienhaus in Form eines Bungalows mit einer Wohnfl\text{A}\(\text{\text{mit}}\) evon 150 m\(\text{A}^2\), einem Grundst\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\)ck mit einer Gr\(\text{A}\)\(\text{A}\)\(\text{\text{leiner}}\) evon 672 m\(\text{A}^2\) zu einer Nettokaltmiete von 1.750 Euro. Dieses Haus war in Brandenburg gelegen. Zur Begr\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\) dung f\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\) hrten die Antragsteller aus, dass die 95 m\(\text{A}^2\), auf der sie mit sechs Personen leben w\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\) rden, definitiv zu klein seien, dies gelte insbesondere im Hinblick auf das Alter ihrer Kinder, denen ein Zusammenleben in den halben Zimmern nicht mehr zumutbar sei. Zudem ben\(\text{A}\)\(\text{leie}\) die Antragstellerin zu 4) viele Hilfsmittel, f\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\)r die in der derzeit bewohnten Wohnung nicht ausreichend Platz sei. Die Hilfsmittel wie Rollstuhl und\(\text{A}\) Gehtrainer k\(\text{A}\)\(\text{nnten nicht benutzt werden. Zudem sei das Bad auch f\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\)r mehr als zwei Personen viel zu klein. Der Antragsgegner verwies die Antragsteller f\(\text{A}\)\(\frac{1}{4}\)r die Erteilung der Zusicherung auf den insoweit zust\(\text{A}\)\(\text{mndigen}\)

Â

Mit E-Mail vom 16. November 2021 übersandten die Antragsteller das hier in Streit stehende Mietangebot fýr ein Einfamilienhaus im Eweg in B mit einer WohnflAxche von 120 mA2 und einer NutzflAxche von 55 mA2 sowie einer GrundstýcksflÃxche von 400 m². Als Kaltmiete waren 1.800 Euro angegeben. Nach dem beigefügten Grundriss handelt es sich um ein 1,5 geschossiges Einfamilienhaus bei dem sich im unteren Bereich ein Wohnzimmer mit 32 mÂ², eine KÃ1/4che mit 9 mÂ2, ein Zimmer mit 11 mÂ2 sowie eine Dusche/WC mit 3 mÂ2 befinden. Im Obergeschoss befinden sich drei weitere Zimmer mit jeweils 11 bzw. 12 mÂ² sowie ein Wannenbad mit 7 mÂ². Das Haus verfÃ¹/₄gt zudem Ã¹/₄ber ein Kellergeschoss mit einem Hobbyraum mit 28Â mÂ2 und zwei weiteren RÃxumen. Mit Bescheid vom 19. November 2021 lehnte der Antragsgegner die Zusicherung der Berücksichtigung der Aufwendungen für diese Wohnung ab, da sie unangemessen teuer sei. Der Grenzwert für die Bruttokaltmiete liege im Land Berlin (inkl. eines 10%igen Zuschlages aufgrund eines HAxrtefalls) bei 1.054,61 Euro und für die Heizkosten bei 134,48 Euro. Mit ihrem Widerspruch vom 26. November 2021 machten die Antragsteller geltend, dass es sich bei den vier Zimmern der bewohnten Wohnung um zwei vollwertige Zimmer und zwei halbe Zimmer handele. Die Wohnung sei zu klein und nicht richtig geschnitten. Die Antragstellerin zu 4) könne stets nur mithilfe ihres Vaters in ihr eigenes Zimmer und in das Badezimmer gelangen, da es in der Wohnung kleine Stufen gebe und der Treppenlift nicht in Ordnung sei. Finanzielle Unterstļtzung vom Antragsgegner zur Verbesserung hinsichtlich der behindertengerechten Einrichtung sei nicht zu erwarten.

Â

Bereits am 17. November 2021 haben die Antragsteller sich mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung an das Sozialgericht Berlin gewandt. ErgĤnzend zu ihrem Vorbringen im Widerspruchsverfahren haben sie vorgetragen, dass die Antragstellerin zu 4) grundsÄxtzlich auf eine behindertengerechte Wohnung angewiesen sei. Die Wohnung biete nicht genļgend Platz für ein Pflegebett. Auch weitere Hilfsmittel der Antragstellerin zu 4), auf die sie aufgrund ihrer Behinderung angewiesen sei, kA¶nnten in der Wohnung nicht untergebracht werden. Die Antragstellerin zu 4) sei zum Betreten ihres Zimmers im ersten Stockwerk auf die Hilfe anderer angewiesen. Die Warmmiete fýr das begehrte Einfamilienhaus betrage 1.950 Euro. Das Haus sei ideal, da die Antragstellerin zu 4) das im Erdgeschoss gelegene Zimmer als Kinderzimmer nutzen und selbstĤndig betreten kalnne. Ebenso kalnne die im Erdgeschoss gelegene barrierefreie Dusche von der Antragstellerin zu 4) selbststĤndig aufgesucht werden. Zurzeit teilten sich die drei MAxdchen eines der halben Zimmer, das andere halbe Zimmer werde vom Antragsteller zu 3) bewohnt. Die beiden vollwertigen Zimmer seien das Wohn- und das Elternschlafzimmer. Die Badezimmer seien im ersten Stockwerk, auf dem sich auch die beiden halben Zimmer befĤnden, sowie im zweiten Obergeschoss beim Elternschlafzimmer gelegen. Das begehrte Haus biete dagegen genügend Platz für die Familie, sodass alle Kinder den benötigten Rückzugsraum bekommen könnten. In Berlin stünden derzeit keine anderen geeigneten behindertengerechten Wohnungen fA1/4r sechs Personen mit einem schwerbehinderten Kind zum Bezug zur Verfļgung. Der Antragsgegner habe eine EinzelfallabwAxgung vorzunehmen. Die Sache sei eilbedA¼rftig, da das Wohnungsangebot noch bis zum 01. Dezember zur VerfA¼gung stehe. Es sei jedoch so, dass der Vermieter offensichtlich nur dann an die Antragsteller vermieten mŶchte, wenn diese auch die Zustimmung des Antragsgegners vorlegen kA¶nnten. Die Zustimmung durch den Antragsgegner sei eine entscheidende Voraussetzung få¼r den Vertragsschluss. Der Antragsgegner ist dem entgegengetreten. Nach der AV-Wohnen sei zwar bei behindertengerechten Wohnungen die Angemessenheit stets individuell und unabhĤngig von den Richtwerten zu bestimmen. Die Unterbringung des Pflegebettes sei aber auch im derzeitigen Zimmer der Antragstellerin zu 4) mĶglich. Ein Nachweis, dass der Treppenlift nicht mehr funktioniere, sei nicht erbracht worden. Nach der Reparatur sei die MobilitĤt der Antragstellerin zu 4) wieder gewĤhrleistet. Ein Nachweis, dass die begehrte Wohnung behindertengerecht sei, sei nicht vorgelegt worden. Es sei eine Anfrage an das Bezirksamt gestellt worden, ob eine Umzugsnotwendigkeit gegeben sei.

Â

Das Sozialgericht hat den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz durch Beschluss vom 01. Dezember 2021 abgelehnt. Die Voraussetzungen fýr die Erteilung einer Zusicherung nach § 22 Abs. 4 SGB II seien nicht glaubhaft gemacht. Es könne offenbleiben, ob ein Umzug in eine gröÃ∏ere Wohnung erforderlich sei, denn jedenfalls sei nur der Umzug in eine andere angemessene Unterkunft gerechtfertigt. Diese Voraussetzungen seien hier nicht gegeben. Die Kosten für das in Aussicht

genommene Haus mit einer Bruttokaltmiete von 1.900 Euro überstiegen die abstrakten Angemessenheitswerte fýr einen 6-Personen Haushalt sowohl unter Zugrundelegung der AV-Wohnen als auch der Tabellenwerte zu § 12 Wohngeldgesetz (WoGG) erheblich. Auch unter Berücksichtigung der Umstände des konkreten Einzelfalls seien sie nicht angemessen. Die für die Antragstellerin zu 4) aus einem Umzug in das begehrte Haus resultierenden Erleichterungen seien nicht so erheblich, dass sie die konkrete Angemessenheit begrÄ¹/₄nden kĶnnten. Es handele sich nicht um eine tats Axchlich barrierefreie Wohneinheit. Die WohnflĤche des Hauses sei auf zwei Stockwerke aufgeteilt. Die Tatsache, dass sich im Erdgeschoss des Hauses eine bodengleiche Dusche befinde, führe nicht dazu, dass die Antragstellerin zu 4) die KA¶rperpflege ohne eigene Hilfe erledigen könne. Zudem befinde sich auch jetzt das Badezimmer auf der gleichen Etage wie das von der Antragstellerin zu 4) bewohnte Zimmer. Einzig die ̸berwindung der Treppe zur Nutzung des Wohnzimmers würde entfallen können. Zudem käme auch eine Umnutzung der derzeit bewohnten Wohnung dergestalt in Betracht, dass die Eltern das Wohnzimmer gleichzeitig als Schlafzimmer nutzten.

Â

Gegen diesen Beschluss haben die Antragsteller am 03. Dezember 2021 Beschwerde eingelegt. Den Antragstellern zu 1) und zu 2) als ca. 50-jĤhrigen Eltern von vier Kindern sei es nicht zuzumuten, im Wohnzimmer zu schlafen. Zudem werde das Wohnzimmer als Esszimmer genutzt. Schlie̸lich sei auch die Antragstellerin zu 4) insbesondere auf das Wohnzimmer angewiesen, da sie nahezu Antragstellerin zu 4) benĶtige zudem fļr die Nacht dringend ein eigenes Zimmer, sie befinde sich in der PubertÃxt. Es sei nicht zumutbar, dass die Antragstellerinnen zu 5) und 6) die aufgrund der Inkontinenz auch nachts erforderlichen Pflegema̸nahmen mitbekommen würden. Ebenso sei es derzeit des ̸fteren notwendig, dass PflegemaÃ∏nahmen im Wohnzimmer durchgeführt werden mýssten. Die vielen von der Antragstellerin zu 4) benötigten technischen Hilfsmittel kA¶nnten aufgrund der beengten rA¤umlichen VerhA¤ltnisse nicht in der Wohnung gelagert werden, obwohl sie erforderlich seien, um eine Fortbewegung der Antragstellerin zu 4) zu ermĶglichen. Die Antragstellerin zu 4) sei zwar auch nicht in der Lage, sich selbststĤndig zu duschen oder zu baden, eine Dusche würde jedoch eine angemessene Erleichterung darstellen. Derzeit müsse sie täglich zur notwendigen Körperpflege in die Badewanne hinein und hinaus gehoben werden. Mindestens notwendig sei daher eine barrierefrei zugĤngliche Dusche, mĶglicherweise mit einem Zugang, der mit technischen Hilfsmitteln erreichbar sei. Aber auch allein das Tragen der Antragstellerin in eine ebenerdige Dusche auf der gleichen Ebene würde eine immense Erleichterung darstellen. Im begehrten Einfamilienhaus würden sich alle von der Antragstellerin zu 4) nur benĶtigten WohnrĤume im Erdgeschoss befinden. Die Antragsteller haben einen selbstgezeichneten Grundriss in Bezug auf die derzeit bewohnte Wohnung sowie ein Foto des Bades im Erdgeschoss und den Entwurf eines Mietvertrages für das begehrte Einfamilienhaus eingereicht. Aus dem Mietvertrag ergibt sich, dass das Haus teilmöbliert vermietet und der Mietvertrag auf mindestens 36 Monate für unbefristete Zeit geschlossen werden soll, die Nettokaltmiete 1.900 Euro

zuzý/4glich einer Vorauszahlung auf ý/brige Betriebskosten i. H. v. 100 Euro betrage und der Mieter zudem die Verträge mit den Versorgern (Energielieferung, Strom, Wasser, Mý/II und anderes) direkt abzuschlieÃ∏en hat. Die Antragsteller geben weiter an, sich bereits um anderweitigen Wohnraum bemü/ht zu haben, sie hätten seit dem 15. Juli 2021 15 ihnen geeignet erscheinende Wohnungen angefragt. Zudem hätten sie auch auf anderen Portalen auf alle geeignete Anzeigen reagiert und bisher nur Absagen erhalten. Der Treppenlift der Wohnung sei von Beginn an defekt gewesen. Die Reparatur werde von der Pflegekasse nicht ý/bernommen. Der Treppenlift könne zudem von der Antragstellerin zu 4) nicht bedient werden, da er eine zweihändige Bedienung erfordere. Eventuellen Nachfragen beim zukü/anftigen Vermieter haben die Antragsteller mit dem Hinweis widersprochen, sie befü/archteten, dass der Vermieter kein Interesse daran habe, das Objekt an SGB II-Bezieher zu vermieten.

Â

Die Antragsteller beantragen sinngemĤÄ□,

Â

den Beschluss des Sozialgerichts Berlin vom 01. Dezember 2021 aufzuheben und den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihnen eine Zusicherung zur Ä\[
\begin{align*} bernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung nach einem Umzug in die Wohnung (Einfamilienhaus) Eisenhutweg 21 G, 12487 Berlin zu erteilen.

Â

Der Antragsgegner beantragt,

Â

die Beschwerde zurĽckzuweisen.

Â

Zur BegrÃ $\frac{1}{4}$ ndung verweist er auf die BegrÃ $\frac{1}{4}$ ndung des angegriffenen Beschlusses sowie darauf, dass vorrangig eine Reparatur des Treppenlifts in Betracht komme, um die Unterkunft fÃ $\frac{1}{4}$ r die Antragstellerin zu 4) wieder vollumfÃxnglich nutzbar zu machen.

Â

Der Antragsgegner hat den Widerspruch der Antragsteller mit Widerspruchsbescheid vom 10. Dezember 2021 zurýckgewiesen. Die Antragsteller haben gegen den Bescheid des Antragsgegners vom 19. November 2021 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10. Dezember 2021 Klage (Az.: S 204 AS 7272/21) beim SG Berlin erhoben.

			ı	
	ſ	ï	7	
4				

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakten sowie der vom Antragsgegner beigezogenen Verwaltungsakten ergĤnzend Bezug genommen.

Â

Â

II.

Â

1. Die Beschwerde hat keinen Erfolg. Sie ist zulĤssig, aber unbegründet. Das SG hat den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zu Recht abgelehnt.

Â

a. Nach <u>§ 86b Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine VerĤnderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden kA¶nnte. Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorlĤufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis zulĤssig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nä¶tig erscheint. Die einstweilige Anordnung ist grundsÄxtzlich zu erlassen, wenn ein Anspruch gegenýber dem Antragsgegner besteht (Anordnungsanspruch) und der Antragsteller ohne den Erlass der begehrten Anordnung wesentliche Nachteile erleiden würde (Anordnungsgrund). Deren Voraussetzungen sind glaubhaft zu machen (§ 86 b Abs. 2 Satz 4 SGG i.V.m. § 920 Abs. 2 Zivilprozessordnung â∏∏ ZPO -). Dabei ist eine Tatsache dann als glaubhaft gemacht anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sĤmtliche erreichbaren Beweismittel erstrecken sollen, $\tilde{A}^{1/4}$ berwiegend wahrscheinlich ist (vgl. <u>§Â 23 Abs. 1 Satz 2</u> Sozialgesetzbuch Zehntes Buch â∏∏ SGB X -; vgl. auch <u>§ 294</u> ZPO).

Â

b. Unter Zugrundelegung vorstehender Ma̸stäbe ist der Antrag zurù¼ckzuweisen. Die fù¼r die Erteilung einer Zusicherung gem. <u>§ 22 Abs. 4 SGB</u> II im Wege der einstweiligen Anordnung erforderlichen Voraussetzungen liegen nicht vor.

Â

 Unterkunft örtlich zuständigen kommunalen Trägers zur Berücksichtigung der Aufwendungen für die neue Unterkunft einholen. Der kommunale Träger ist zur Zusicherung verpflichtet, wenn die Aufwendungen fþr die neue Unterkunft angemessen sind. Der Anspruch auf Erteilung einer Zusicherung besteht auch dann, wenn es sich um einen beabsichtigten Umzug innerhalb des örtlichen Zuständigkeitsbereichs des Antragsgegners und damit innerhalb des maÃ□geblichen kommunalen Vergleichsraums der bisherigen Wohnung handelt (hier: Stadtgebiet von Berlin, vgl. nur BSG, Urteil vom 19. Oktober 2010 â□□ B 14 AS 2/10 R -, juris; anders aber zur ab dem 01. August 2016 geänderten Rechtslage Luik in: Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl. 2021, § 22 Rn. 226). Der Anwendungsbereich von § 22 Abs. 4 SGB II ist weder nach seinem Wortlaut noch nach seinem Sinn und Zweck auf trägerþbergreifende Umzþge beschränkt (hierzu ausführlich LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 26. August 2020 â□□ L 13 AS 143/20 B ER, juris, und KrauÃ□ in: Hauck/Noftz, SGB II, §â□□22 Bedarfe fþr Unterkunft und Heizung, Rn. 293, 299 ff.).

Â

Dabei ist die Erteilung der Zusicherung weder notwendige Voraussetzung für den Abschluss eines Mietvertrages noch Voraussetzung fýr die zukünftige ̸bernahme höherer Kosten der neuen Wohnung. Soweit die Kosten der neuen Unterkunft angemessen sind, sind diese bei einem Umzug in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Leistungsträgers von diesem auch dann zu übernehmen, wenn eine vorherige Zustimmung zum Umzug nicht vorliegt. Beim Umzug innerhalb des ZustĤndigkeitsbereich des selben LeistungstrĤgers hat die ̸bernahme der neuen KdUH gemäÃ∏ <u>§ 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II</u> auch ohne vorherige Erteilung einer Zusicherung dann zu erfolgen, wenn die neuen Unterkunftskosten angemessen sind und der Umzug zudem erforderlich war. Mit der Obliegenheit zur vorherigen Einholung einer Zusicherung ist beabsichtigt, dem LeistungsempfĤnger Planungssicherheit dahingehend zu geben, dass der Umzug als erforderlich und die Kosten der neuen Wohnung als angemessen angesehen und deren Kosten vom LeistungstrĤger damit zukļnftig dauerhaft in voller HĶhe übernommen werden. Die Vorschrift dient der Schaffung von Rechtssicherheit sowie der Warnung und Information des Wohnungssuchenden (Krau̸ in: Hauck/Noftz, SGB II, §â∏22 Bedarfe für Unterkunft und Heizung, Rn. 292). Eine solche Sicherheit kann aber durch eine grundsÄxtzlich nur vorlÄxufig geltende Entscheidung im Eilverfahren nicht erzielt werden. Die Ungewissheit, ob die Aufwendungen für die neue Unterkunft übernommen werden, bliebe auch nach Erlass einer solchen einstweiligen Anordnung bestehen, denn deren Bestand wĤre mit Blick auf die ausstehende Entscheidung in der Hauptsache nicht sicher (vgl. LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 26. November 2014 â∏ L 12 AS 1959/14 B ER; Sächsisches LSG, Beschluss vom 19. Dezember 2016 â∏ L 7 AS 1001/16 B ER; LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 20. Juni 2018 â∏ L 31 AS 1002/18 B ER -; alle in juris).

Â

Die von den Antragstellern mit der Zusicherung verfolgte Planungssicherheit

könnte ihnen nur vermittelt werden, wenn die Erteilung der Zusicherung bereits im einstweiligen Rechtsschutzverfahren endgültig erfolgte (so auch KrauÃ \square in: Hauck/Noftz, SGB II, §â \square 22 Bedarfe für Unterkunft und Heizung, Rn. 307). Dies gilt hier insbesondere, da die Antragsteller sich mit dem Mietvertrag zu einer Mietdauer von mindestens drei Jahren verpflichten würden. Bei einer nur vorläufigen Zusicherung und einem ausbleibenden Erfolg in der Hauptsache blieben sie verpflichtet, die Mehrkosten für die Wohnung von weit über 1.000 Euro monatlich selbst aufzubringen bzw. auf Grund der â \square vorläufigenâ \square Zusicherung bewilligte und erbrachte Leistungen zu erstatten.

Â

Die damit im Sinne des Rechtsschutzbegehrens der Antragsteller allein in Betracht kommende Erteilung einer Zusicherung würde aber die Vorwegnahme der Hauptsache darstellen, die nur in AusnahmefÄxllen zur Wahrung effektiven Rechtsschutzes gem. Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz (GG) bei drohender schwerwiegender und irreparabler BeeintrÄxchtigung grundrechtlich geschÄ1/4tzter Rechtsgüter möglich ist. Für die Erteilung einer (endgültigen) Zusicherung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren setzt dies zunĤchst voraus, dass die Voraussetzungen der Zusicherung feststehen und hierzu der Vollbeweis erbracht wird (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 20. Juni 2018 â∏ L 31 AS 1002/18 B ER -, juris), denn der LeistungstrĤger ist an die endgļltig erteilte Zusicherung gebunden und müsste, selbst wenn sich im Hauptsacheverfahren herausstellt, dass ein solcher Anspruch nicht besteht, die Kosten der Unterkunft und Heizung für die neue Unterkunft in voller Höhe gewähren. Zudem ist auch an den Anordnungsgrund ein ganz besonders strenger Ma̸stab anzulegen und das Vorliegen einer ganz besonderen Dringlichkeit zu fordern, die über das normale Ma̸ einer den Erlass einer einstweiligen Anordnung im Regelfall rechtfertigenden Dringlichkeit hinausgeht. Für sie ist nur Raum, wenn zwingende Grþnde eine solche Entscheidung gebieten (vgl. LSG Berlin-Brandenburg BeschlA¼sse vom 06. November 2012 â∏ <u>L 25 AS 2712/12 B PKH</u> â∏ und vom 19. Juni 2013 â∏ <u>L 25 AS</u> 1137/13 B ER -, juris).

Â

c. Der Anspruch auf Erteilung der Zusicherung ist mit dem fÃ $\frac{1}{4}$ r eine Vorwegnahme der Hauptsache erforderlichen hohen Grad der Wahrscheinlichkeit nicht erkennbar. Dass (im Rahmen der Hauptsache) ein Anspruch auf die Ã $\frac{1}{2}$ bernahme der KdUH fÃ $\frac{1}{4}$ r das Einfamilienhaus, in das die Antragsteller einziehen wollen, und damit ein Anspruch auf Erteilung der Zusicherung besteht, kann nach der im vorlÃ $\frac{1}{2}$ ufigen Rechtsschutzverfahren nur mÃ $\frac{1}{2}$ lichen summarischen PrÃ $\frac{1}{4}$ fung nicht festgestellt werden. Es fehlt insoweit schon an einer Glaubhaftmachung nach den Ã $\frac{1}{4}$ blichen Ma $\frac{1}{2}$ Ein weiteres Zuwarten und weitere Ermittlungen waren auf Grund der von den Antragstellern mit der zeitlich beschr $\frac{1}{2}$ unkten Verf $\frac{1}{4}$ gbarkeit des Mietangebotes dargelegten besonderen Eilbed $\frac{1}{4}$ rftigkeit nicht m $\frac{1}{4}$ glich.

Â

Ob neben der abstrakten Angemessenheit der zukļnftig entstehenden KdUH auch die Erforderlichkeit des Umzugs für die Erteilung einer Zusicherung für den Umzug innerhalb eines Vergleichsraums Voraussetzung ist, ist umstritten (bejahend: LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 26. August 2020 â∏∏ <u>L 13 AS 143/20 B ER</u> -, juris; KrauÃ∏ in: Hauck/Noftz, SGB II, §â∏∏22 Bedarfe für Unterkunft und Heizung, Rn. 300Â f.; Knickrehm in: Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Kommentar zum Sozialrecht, 7. Aufl 2021, Rn. 35 zu <u>§ 22 SGB II</u>; Lauterbach in; Gagel, SGB II/SGB III, Stand: Dezember 2020, <u>§</u> 22 SGB II Rn. 105; ablehnend: Luik in: Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl. 2021, Rn. 238 zu § 22; Piepenstock in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB II, Stand der Einzelbearbeitung: 17. Juni 2021, § 22 Rn. 220). Nach Auffassung des Senats ergibt sich die Erforderlichkeit des Umzuges als Voraussetzung der Zusicherung bei einem Umzug innerhalb des Vergleichsraums zwar nicht unmittelbar aus dem Wortlaut des § 22 Abs. 4 SGB II, der auf den Umzug in den Bereich eines anderen ZustĤndigkeitstrĤgers zugeschnitten ist, sie folgt aber aus den allgemeinen GrundsÃxtzen zur Zusicherung nach § 34 SGB X. Nach § 34 Abs. 1 SGB X ist eine Zusicherung die von der zustĤndigen BehĶrde erteilte Zusage, einen bestimmten Verwaltungsakt spĤter zu erlassen oder zu unterlassen. Da nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II die Erforderlichkeit des Umzugs Voraussetzung für die Ã∏bernahme der neuen KdUH ist, muss sie auch für die Erteilung der auf die zukünftige ̸bernahme der KdUH gerichteten Zusicherung vorliegen. Sofern der Leistungsberechtigte im bisherigen Vergleichsraum bleiben mĶchte, sind ma̸geblich für die Angemessenheit der Kosten der neuen Unterkunft die individuellen Angemessenheitsgrenzen, die durch <u>§ 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II</u> bestimmt werden (siehe auch Krau̸ in: Hauck/Noftz, SGB II, §â∏☐22 Rn. 300).

Â

Zur Bestimmung dieser individuellen Angemessenheitsgrenze ist im Wege eines Ursache-Wirkung-Vergleichs auch anhand der entstehenden Mehrkosten zu prüfen, ob die Erforderlichkeit im Einzelfall vorliegt. § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II privilegiert nur VerĤnderungen, die sich innerhalb des Marktsegments realisieren lassen, auf das der Leistungsberechtigte nach Abs. 1 Satz 1 zu verweisen ist, und die ̸berschreitung der Höhe der bisherigen KdUH muss in einem angemessenen VerhÃxItnis zur Ursache des Umzugs in die neue Wohnung stehen; d. h. es ist zu prýfen, ob sich die Kosten gerade der von dem Hilfebedürftigen gewählten neuen Wohnung in Ansehung der Erforderlichkeit des Umzugs als angemessen darstellen (BSG, Urteil vom 24.Å November 2011Å $\hat{a} \sqcap B = 14 \text{ AS} = 107/10 \text{ R} \hat{a} = 107/10 \text{ R}$ Luick in: Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl. 2021, § 22 Rn. 167). MaÃ∏geblich sind daher nicht nur â∏zwingendeâ∏ Gründe, sondern ob für den Umzug ein plausibler, nachvollziehbarer und verstĤndlicher Anlass vorliegt, von dem sich ein NichthilfeempfĤnger hĤtte leiten lassen und der nicht zumutbar auf andere Weise beseitigt werden kann (Luick in: Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl. 2021, § 22 Rn. 168). Erforderlich ist ein Umzug immer, wenn es um die Herstellung von menschenwürdigen Wohnverhältnissen geht, die eine Ausübung des Grundrechts aus Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG überhaupt erst ermĶglichen, also zur Beseitigung unzumutbarer WohnverhĤltnisse (Luick in: Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl. 2021, § 22 Rn. 170).

Â

Fýr eine Erforderlichkeit des begehrten Umzuges spricht neben der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft aus den Eltern mit drei Töchtern im Alter von 9 und 12 Jahren sowie einem 18jährigen Sohn die Behinderung der Antragstellerin zu 4) und die insbesondere aus der Gehbehinderung und Pflegebedürftigkeit folgenden besonderen Anforderungen an die Beschaffenheit des Wohnraums.

Â

Auf Grund des Alters- und des Geschlechtsunterschieds erscheint nach Ansicht des Senats ein Zusammenleben des Antragstellers zu 3) mit einer seiner Schwestern in einem Kinderzimmer nicht angebracht. Ebenso dýrfte eine Unterbringung der drei Mädchen in einem Zimmer einerseits auf Grund der von den Antragstellern geschilderten auch nachts erforderlichen PflegmaÄ nahmen und andererseits auf Grund der GrĶÄ∏e der in der derzeit bewohnten Wohnung vorhandenen Zimmer nicht sachgerecht sein. Daneben ist nach vorlĤufiger Prýfung auch eine angemessene Pflege und Betreuung sowie die eigenständige Fortbewegung der Antragstellerin zu 4) in der jetzigen Wohnung in deren derzeitigem Zustand nicht hinreichend mĶglich. Nach dem insoweit erfolgten Vortrag, den der Senat seiner Entscheidung im vorlĤufigen Rechtsschutzverfahren zu Grunde legt, kann die Antragstellerin zu 4) sich in der Wohnung nicht selbststĤndig von ihrem Zimmer in das Wohnzimmer begeben, es befindet sich keine Dusche, sondern nur eine Badewanne in dem Haus, in die die Antragstellerin zu 4) von den Antragstellern zu 1) und zu 2) gehoben werden muss. Zudem ist die Wohnung auf Grund der GrĶÄ∏e der Bedarfsgemeinschaft und des für die zahlreichen Hilfsmittel benötigten Platzbedarfes zu klein. Nach den ab dem 01. Januar 2022 geltenden Ausführungsvorschriften zur Gewährung von Leistungen gemäÃ∏ <u>§ 22 SGB II</u> und <u>§Â§ 35</u> und <u>36 SGB XII</u> (AV-Wohnen) vom 14. Dezember 2021 ist der Ermittlung der angemessenen KdU fýr einen 6-Personenhaushalt bereits ohne Berücksichtigung einer Behinderung ein Wohnflächenbedarf von 114 m² zugrunde zu legen. Aus diesen Gründen ist für einen Umzug, im Sinne eines Auszuges aus der bisherigen Wohnung in eine andere geeignetere Wohnung â∏∏ unabhängig vom Vorhandensein eines Treppenliftes -, ein plausibler, nachvollziehbarer und verstĤndlicher Anlass gegeben.

Â

Allein der Umstand, dass die bisher bewohnte Wohnung Anlass zu einem Auszug gibt, genügt aber nicht, um die Erforderlichkeit eines Umzuges zu bejahen. Denn â∏ wie bereits dargelegt â∏ setzt die Verpflichtung des Grundsicherungsträgers zur Ã∏bernahme von Mehrkosten voraus, dass sich der Einzug gerade in die von den Hilfebedürftigen gewählte neue Wohnung als erforderlich und geeignet zur Abwendung von nicht mehr weiter hinzunehmenden Nachteilen der bisherigen Wohnung erweist und die Kosten der neuen Wohnung auch unter Ansehung eines nachvollziehbaren und plausiblen Veränderungswunsches als angemessen anzusehen sind (Sächsisches LSG, Beschluss vom 15. Dezember 2020 â∏∏ L 7 AS

245/20 B ERÂ â□□, Rn. 30, und BSG, Urteil vom 24. November 2011 â□□ B 14 AS 107/10 R, Rn. 20, jeweils in juris).

Â

Diese Voraussetzungen sind mit der neuen Wohnung aber nicht mit der erforderlichen Sicherheit fýr die Vorwegnahme der Hauptsache gegeben. Sie sind noch nicht einmal mit dem für den Erlass einer einstweiligen Anordnung in der Regel erforderlichen Maà der Wahrscheinlichkeit glaubhaft gemacht. In dem zur Anmietung begehrten Einfamilienhaus könnte â∏ das legt der Senat seiner Entscheidung zu Grunde â∏∏ sich die Antragstellerin zu 4) zwar selbstständig zwischen ihrem Zimmer, dem Wohnzimmer und der Küche bewegen. Das Haus dürfte mit fünf Zimmern auch Platz und Rückzugsmöglichkeiten für alle FamilienangehĶrigen bieten. Ebenso dürfte mit den KellerrĤumen ausreichend Platz fýr die Unterbringung der von der Antragstellerin zu 4) benötigten Hilfsmittel vorhanden sein. Allerdings verfügt das Haus nicht über ein barrierefreies Bad. Ausweislich des mit der Beschwerdeschrift eingereichten Fotos befindet sich in dem nur 3 m² groÃ∏en Bad zunächst das Waschbecken. Dahinter ist an der linken Wand die Toilette angebracht, die in den Raum hineinragt. Am Ende des Raumes befindet sich auf der gesamten Breite die ebenerdige Dusche. Die Toilette macht das Erreichen der Dusche mit einem Hilfsmittel (Gehwagen/Gehtrainer) unmĶglich. Zudem ist der hinter der Toilette und damit vor der Dusche vorhandene Platz derma̸en klein, dass es nicht möglich erscheint, dort eine Person, die Schwierigkeiten beim Gehen und Stehen hat, beim Duschen adäquat zu halten und zu unterstützen. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Antragstellerin zu 4) derzeit erst 12 Jahre alt ist und die Antragsteller zu 1) und zu 2) derzeit mA¶glicherweise die Pflege in dem kleinen Bad noch bewÄxltigen kĶnnten. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Antragstellerin zu 4) in absehbarer Zeit noch an GrĶÄ∏e und Gewicht, das im Ĥrztlichen Bericht vom 03. November 2021 mit 30 kg und von den Antragstellern mit 40 kg angegeben ist, zunehmen wird. Daher kA¶nnen mit dem Bezug des Hauses, die auf Grund des Zuschnitts der alten Wohnung mit der KA¶rperpflege bestehenden Probleme nicht behoben werden.

Â

Die in Aussicht genommene neue Unterkunft ist damit zwar geeignet, erhebliche Nachteile der derzeit bewohnten Wohnung abzustellen. In Anbetracht der verbleibenden EinschrĤnkungen erweisen sich die zukünftigen KdUH aber nicht als angemessen. Für das Haus ist eine Nettokaltmiete in Höhe von 1.900 Euro zzgl. einer Vorauszahlung in Höhe von 100 Euro auf sonstige Nebenkosten zu entrichten. Daneben haben die Antragsteller VertrĤge mit den Versorgern z. B. auch für Wasser, Abwasser und Müll zu schlieÃ□en. Die Bruttokaltmiete wird sich daher auf erheblich über 2.000 Euro belaufen. Die abstrakte Angemessenheitsgrenze nach Ziffer 3.2 der ab dem 01. Januar 2022 geltenden AV-Wohnen i. V. m. der Anlage 1 läge bei 958,74 Euro, wobei der Antragsgegner nach Ziffer 3.5.2. Abs. 3 AV-Wohnen im Rahmen der Ermittlung der konkreten Angemessenheitsgrenze bei behindertengerechten Wohnungen bzw. bei

Wohnungen fÃ1/4r Rollstuhlbenutzer an diese Grenzen nicht gebunden ist und die Angemessenheit der Wohnkosten stets individuell zu ermitteln hat. Der nach § 12 Abs. 1 WoGG für einen 6-Personenhaushalt in der für Berlin maÃ∏gebenden Mietstufe 4 (vgl. Anlage zu § 1 Abs. 3 Wohngeldverordnung) zu berücksichtigende Wert liegt bei 1.029 Euro und mit einem Sicherheitszuschlag von 10% bei 1.131,90 Euro. Auch dieser Wert stellt zwar nach Auffassung des Senats im Rahmen der Ermittlung der konkreten Angemessenheit der KdUH für eine den Bedürfnissen aller Antragsteller entsprechenden Wohnraums keine Grenze dar. Die ̸berschreitung dieses Wertes um etwa das Doppelte bzw. ca. 1.000 Euro monatlich ist aber in Anbetracht der Tatsache, dass auch dieser Wohnraum nicht in jeder Hinsicht geeignet für die Antragsteller ist, nicht gerechtfertigt. Gegen die Angemessenheit spricht auch, dass es sich um ein Einfamilienhaus mit einem Grundstück handelt. Ã∏blicherweise sind Wohnungen in vergleichbarer Wohnlage gýnstiger zu mieten als freistehende Häuser. Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, weshalb die Antragsteller das Haus (über Kýche und Bad hinaus) möbliert mieten. Da das Anmieten von Möbeln nicht den Bedarf der Unterkunft deckt, ist die Miete hierfA1/4r nicht erforderlich und damit nicht angemessen. Es ist auch nicht glaubhaft gemacht, dass kein anderer Wohnraum in der von den Antragstellern benĶtigten GrĶÄ□e oder Ausstattung â∏ etwa in Form einer Wohnung und unmöbliert â∏ zu günstigeren Preisen als einer Bruttokaltmiete von mehr als 2.000 Euro konkret verfügbar wäre. Die hierzu auf Anfrage des Gerichts von den Antragstellern übermittelten Ausdrucke aus dem Chatverlauf bei dem Anbieter Immoscout lassen weder konkrete Mietangebote, noch die Gründe, aus denen es nicht zu einem Vertragsabschluss gekommen ist, erkennen. Daraus wird vielmehr nur ersichtlich, dass die Antragsteller sich vornehmlich få¼r die Anmietung von Einfamilienhå¤usern oder DoppelhaushÄxlften interessieren. FÄ1/4r die Frage, ob ggf. Wohnungen zu einem niedrigeren Preis verfügbar sind, geben sie ebensowenig her wie die pauschalen Behauptungen, sich bei anderen Wohnungsportalen umgeschaut zu haben.

Â

Unabhängig von den vorstehenden Ausführungen ist anzumerken, dass nicht ersichtlich ist, dass die Mängel, die in der derzeit bewohnten Wohnung bestehen, nicht zumindest zum Teil abgestellt werden könnten bzw. hätten bereits abgestellt werden können. Die Antragsteller haben keinerlei Bemühungen dargelegt, um etwa den vorhandenen Treppenlift reparieren, ersetzen oder für die Antragstellerin zu 4) ertþchtigen zu lassen. Entsprechende Antragstellungen bei den hierfür zuständigen Trägern wurden nicht behauptet und auch nicht glaubhaft gemacht. Aus dem ärztlichen Bericht vom 03. November 2021 ergibt sich vielmehr, dass eine Beratung zum Thema Treppenlift erst geplant sei. Die Antragsteller haben auch keine Bemühungen in Bezug auf einen etwaigen Umbau des mit dem Zimmer der Antragstellerin zu 4) auf der gleichen Ebene gelegenen Bades dargetan.

Â

2. Die Kostenentscheidung folgt aus einer entsprechenden Anwendung des § 193

SGG und dem Ausgang des Verfahrens.

Â

3. Prozesskostenhilfe war aus den zuvor dargestellten Gründen mangels hinreichender Erfolgsaussicht für das Beschwerdeverfahren nicht zu gewähren; § 73 a SGG i. V. m. § 114 ZPO. Die Antragsteller haben zudem bis zur Entscheidung des Senats keine ausgefüllte und unterschriebene Erklärung über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse abgegeben. Hierzu waren die Antragsteller, nach dem sie mit der Antragsschrift nur ein nicht ausgefülltes Formular eingereicht hatten, mit gerichtlicher Verfügung vom 07. Dezember 2021 unter Fristsetzung von zwei Wochen aufgefordert worden. Auf eine Erinnerung vom 20. Dezember 2021 haben sie erneut nur das nicht ausgefüllte Formular nebst Anlagen übersandt.

Â

Der Beschluss ist unanfechtbar, § 177 SGG.

Â

Erstellt am: 19.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024